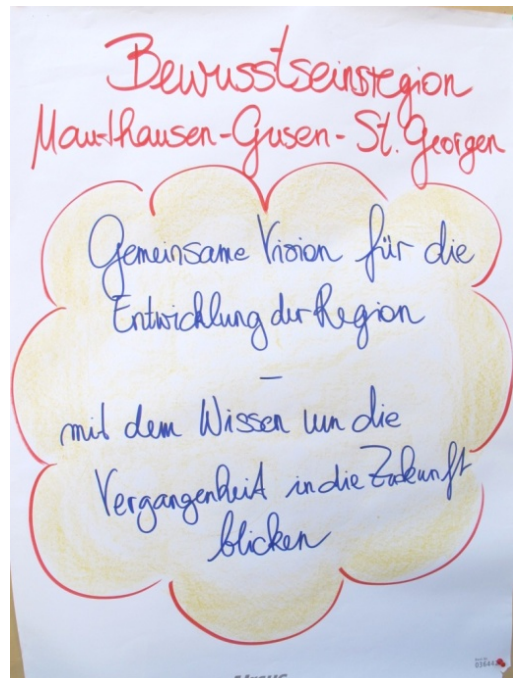


Das Projekt Bewusstseinsregion Mauthausen – Gusen – St. Georgen

In den Gemeinden Mauthausen, Langenstein und St. Georgen an der Gusen wurde mit Hilfe der Bürgerinnen und Bürger ein neues Konzept für einen zukunftsgerichteten Umgang mit der Geschichte entwickelt.

Wie kann die Zukunft einer Region aussehen, die sehr stark die Spuren der Vergangenheit in sich trägt? Das war eine der Fragen zu Beginn eines Prozesses, der 2012 begann und sich zum Ziel gesetzt hat, eine Vision für die zukünftige Entwicklung der Region Mauthausen, St. Georgen und Langenstein zu entwickeln.

Ausgelöst durch ein Unterschutzstellungsverfahren des Bundesdenkmalamts im Bereich des ehemaligen Konzentrationslagers Gusen und in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden entstand das Projekt „Bewusstseinsregion Mauthausen – Gusen – St. Georgen“. Raum des Gedenkens und Lernens“ (www.bewusstseinsregion.at). Das Projekt greift den Wunsch der Gemeinden nach einem zukunftsorientierten und Nutzen stiftenden Umgang mit der belastenden Vergangenheit auf. Die Bewohnerinnen und Bewohner wurden eingeladen, an der Gestaltung ihrer Region mitzuwirken. Das sollte den Menschen ermöglichen, sich selbstbewusst zu ihrer Heimatregion zu bekennen ohne sich von den negativen geschichtlichen Fakten zu distanzieren.



Im Zuge des Projekts fand eine Reihe von Veranstaltungen statt, die der Mitbestimmung und Mitgestaltung dienten. In drei Ideenwerkstätten (durchgeführt nach der Methode BürgerInnen-Rat) diskutierten die BewohnerInnen der drei Gemeinden Fragen, die sie in diesem Zusammenhang bewegen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden per Zufallsstichprobe ausgewählt, um eine möglichst vielfältige Zusammensetzung der Gruppe zu bewirken.

Dazu wurden die im Melderegister der drei Gemeinden geführten Personen nach Alter und Geschlecht geclustert und die politischen Funktionsträger ausgeschieden. Angestrebt war eine Zufallsstichprobe, die eine aliquote Verteilung der BewohnerInnenzahl auf alle drei Gemeinden, nach Geschlecht und nach Alter (Altersklassen 15-25, 26-55, 56-75 Jahre) aufweist.

Zuhören, gehört werden, gemeinsam Ideen und Lösungen entwickeln standen im Mittelpunkt dieser jeweils eineinhalb Tage. Die Ergebnisse wurden dann von den TeilnehmerInnen in einer größeren Veranstaltung den anderen Bewohnerinnen und Bewohnern sowie den politischen

EntscheidungsträgerInnen präsentiert und dienen als Grundlage für künftige Aktivitäten und Umsetzungsmaßnahmen in der Region.

Daneben gab es eine Reihe von Kreativ-Workshops mit Menschen, die der Region verbunden sind und fachliches Wissen unterschiedlicher Art einbringen konnten. Das waren zum Beispiel Wirtschaftstreibende aus der Region, WissenschaftlerInnen und Kulturschaffende, Personen aus den Gedenkinitiativen und Opferverbänden und schließlich auch Personen, die in der Region aufgewachsen sind, heute jedoch anderswo leben. Sie brachten neben dem Wissen um die regionale Situation auch eine Außensicht ein.

Im Kern geht es im Projektvorhaben darum, für die Region Mauthausen – Gusen – St. Georgen eine Zukunftsperspektive zu entwickeln, die von der großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger mitgetragen und mit Leben erfüllt wird.

Die Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik (Dr. Martina Handler, DI Lisa Purker) war verantwortlich für die Planung und Durchführung der BürgerInnen-Räte).

Das Projekt "Bewusstseinsregion", das von den BürgermeisterIn der Gemeinden Mauthausen, St. Georgen und Langenstein maßgeblich unterstützt wurde, wurde von folgenden Einrichtungen finanziert: Zukunftsfonds der Republik Österreich, Nationalfonds der Republik Österreich für die Opfer des Nationalsozialismus, Land Oberösterreich, Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur. Träger des Projekts war eine Projektgruppe um Dr. Alfred Zauner und Dr. Brigitte Halbmayr.

In einem nächsten Schritt wird jetzt durch die Bürgermeister eine Trägerorganisation ins Leben gerufen, um die besten Vorschläge nachhaltig umzusetzen. Die Bürgerinnen und Bürger der Region sollen auch hier in die Umsetzung maßgeblich eingebunden werden.



Der BürgerInnen-Rat

Das Verfahren

Der BürgerInnen-Rat ist ein effektives und kostengünstiges Beteiligungsverfahren (engl.: wisdom council), das vom Organisationsberater Jim Rough (USA) entwickelt wurde. Es hat das Potenzial, die Selbstorganisation und Eigenverantwortung in der Bevölkerung zu stärken und kreative Lösungen zuwege zu bringen.

Ablauf

Nach dem Zufallsprinzip werden zwölf bis fünfzehn Bürgerinnen und Bürger eines Ortes oder einer Region ausgewählt, die an eineinhalb Tagen miteinander arbeiten. Aufgrund der Zufallsauswahl handelt es sich bei den TeilnehmerInnen um „normale“ Personen, die über keinerlei spezielles Vorwissen oder spezielle Qualifikationen verfügen müssen. Sie nehmen als BewohnerInnen der Gemeinde oder Region teil und vertreten daher auch keine Interessengruppen, sondern bringen ihre persönliche Meinung und ihre Sichtweisen ein.

Die Teilnehmenden des BürgerInnen-Rats werden dazu motiviert, Themen und Anliegen ihrer Wahl an diesen eineinhalb Tagen zu diskutieren. Aufgrund der – bedingt durch die Zufallsauswahl – vielfältigen Zusammensetzung der Gruppe geht es mit ziemlicher Sicherheit um Fragen, die viele Menschen in der Gemeinde bewegen. Zu diesen Themen diskutiert der BürgerInnen-Rat Thesen, Sichtweisen, Lösungsideen und Empfehlungen.

Der BürgerInnen-Rat wird mit „Dynamic Facilitation“ (DF) moderiert. Mit dieser Moderationstechnik können Ideen entstehen, die über bekannte oder nahe liegende Lösungsansätze hinausgehen. Das Verfahren eignet sich daher gerade bei schwierigen oder konfliktbehafteten Themen. Die Dynamic Facilitation ist eine besonders flexible Moderationsmethode, die den kreativen Fluss der Gruppe fördert.

Am Ende des BürgerInnen-Rats wird eine gemeinsame Erklärung erarbeitet. Dieses gemeinsame Ergebnis wird in einem nächsten Schritt der Öffentlichkeit präsentiert. Dies kann etwa in Form eines BürgerInnencafés geschehen, zu dem alle interessierten Bürgerinnen und Interessengruppen eingeladen werden. Wichtig ist, dass auch die richtigen Ansprechpersonen aus Politik oder Verwaltung anwesend sind. Nach der Präsentation der Ergebnisse durch die TeilnehmerInnen werden diese in einer strukturierten Form von allen Anwesenden weiterbearbeitet (z.B. in Form eines World Cafés) und ergänzt.

Ebenso wichtig wie der gute Ablauf des BürgerInnen-Rates, ist der weitere Umgang mit den Ergebnissen und die Einbindung des Verfahrens in den politischen Prozess: Für die TeilnehmerInnen soll bereits zu Beginn des Prozesses ersichtlich sein, wie mit den Ergebnissen nach den eineinhalb Tagen weiter verfahren wird. Das ist eine Form der Wertschätzung und Anerkennung für das Engagement der Teilnehmenden und sie sind durch diese positive Erfahrung eher gewillt, sich weiterhin – z.B. bei der Umsetzung der Ergebnisse – zu engagieren.



Anwendung und Wirkung

Der BürgerInnen-Rat trifft keine politischen Entscheidungen, hat aber dennoch eine große Wirkung in der Gemeinde. Dadurch, dass die Überlegungen und Empfehlungen öffentlich präsentiert werden, entsteht in der Gemeinde ein Bewusstsein für die Herausforderungen und für notwendige Entwicklungen.

Der BürgerInnen-Rat ist ein Mittel, sich intensiv mit gesellschaftlichen Problemen und ihrer Komplexität auseinanderzusetzen. Er schafft eine Form des kommunikativen Austauschs und leistet somit auch ein Stück weit politische Bildung.² Die Teilnehmenden leisten qualitativ hochwertige Arbeit während der Diskussion: es geht darum, gesellschaftliche Probleme zu erkennen und in ihrer Komplexität und Gesamtheit zu analysieren.

Ziel ist es, Menschen durch die Teilnahme am BürgerInnen-Rat dazu zu befähigen, sich eigenverantwortlich mit den Problemen ihrer Lebenswelt zu beschäftigen und selbst nach möglichen Lösungen zu suchen. Das als Empowerment bezeichnete Konzept der „Selbstbefähigung“ ist ein wesentliches Moment gesellschaftlicher Selbstorganisation.

Der BürgerInnen-Rat ist in diesem Sinne ein gelebtes Beispiel partizipativer Demokratie und zeigt einen neuen Weg in der Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und den BürgerInnen. Er hat wesentlichen Einfluss auf die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit der Gemeinde und den Herausforderungen, denen sich die Verwaltung und Politik gegenüber sieht.

Kontakt:

Drⁱⁿ. Martina Handler

Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT)

Hollandstraße 10/46, 1020 Wien

T +43 1 315 63 93-21, martina.handler@oegut.at, www.oegut.at

